

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

politisches

Kalenderblatt

Pressediens für zeitgeschichtliche Jahrestage

Januar 94

05.01.1949

Vor 45 Jahren: Rätsekraten um künftige Bundeshauptstadt

05.01.1979

Vor 15 Jahren: Die Geburtsstunde des NATO-Doppelbeschlusses

15.01.1919

Vor 75 Jahren: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet

17.01.1991

Vor 3 Jahren: Krieg am Golf

17.01.1991

Vor 3 Jahren: Helmut Kohl zum gesamtdeutschen Bundeskanzler gewählt

18.01.1919

Vor 75 Jahren: Versailler Friedenskonferenz eröffnet

19.01.1919

Vor 75 Jahren: Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung

22.01.1979

Vor 15 Jahren: "Holocaust" im Fernsehen

29.01.1991

Vor 3 Jahren: Golfkrieg: Bonn unterstützt Israel

30.01.1991

Vor 3 Jahren: Kohls Regierungserklärung für das geeinte Deutschland

Rätselraten um künftige Bundeshauptstadt

Am 5. Januar 1949 - heute vor 45 Jahren - beginnt im Hauptauschuß des Parlamentarischen Rates in Bonn die 2. Lesung des Grundgesetzes. Seit seiner Konstituierung am 1. September des Vorjahres hat der Parlamentarische Rat, der im Grunde eine verfassunggebende Versammlung für die drei Westzonen ist, in einem oftmals spannungsgeladenen Verhältnis zu den drei westlichen Besatzungsmächten, letztlich aber in eigener Verantwortung die Basis für unser heutiges Grundgesetz erarbeitet.

Zu diesem Zeitpunkt, der etwa die "Halbzeit" der Beratungen des Parlamentarischen Rats markiert, ist die Frage nach der künftigen Hauptstadt des im Aufbau befindlichen westdeutschen Teilstaates noch völlig offen. Um den Sitz der künftigen Bundesregierung gibt es mehrere Bewerber. An erster Stelle wird Frankfurt am Main genannt, doch auch Stuttgart und Kassel sind interessiert. Bonn, das nur 30 Kilometer von der rheinischen Metropole Köln entfernte Universitätsstädtchen, hat sich als Tagungsort des Parlamentarischen Rats wie von selbst ins Gespräch gebracht. Die Auseinandersetzung um die künftige Hauptstadt wird schon damals mit List und Tücke und vielerlei Intrigen geführt.

Gegen Berlin sprechen nicht nur sein fragiler Status, der zwischen der Sowjetunion und den Westmächten umstritten ist, und auch nicht nur die ganz ungewisse Zukunft der unter der Blockade leidenden Stadt; auch die historisch bedingte Antipathie gegen die alte Reichshauptstadt ist in den westlichen Teilen Deutschlands noch zu groß. Umgekehrt sind die Berliner entschieden gegen Frankfurt am Main - sie wollen lieber eine unscheinbare Stadt, ein offensichtliches Provisorium, um die späteren Chancen Berlins zu verbessern. Und dann ist da noch Konrad Adenauer, der Präsident des Parlamentarischen Rats, der schräg gegenüber von Bonn, auf der anderen Seite des Rheins, in Rhöndorf, sein Wohnhaus hat. Ein Regierungssitz auf dem linken Rheinufer, dafür wird er nicht müde zu werben, ist eine sichere Garantie gegen alle etwaigen Ansprüche Frankreichs auf das linke Rheinufer; und ist nicht Frankfurt durch die massive Präsenz der amerikanischen Besatzungsmacht ohnehin ganz ungeeignet?

Entschieden ist vorerst noch überhaupt nichts. Doch fehlt es nicht an skurrilen Vorschlägen und Argumenten. In Zeitungsmeldungen, die heute vor 45 Jahren zeitgleich mit dem Beginn der 2. Lesung des Grundgesetzes erscheinen, werden insgesamt mehr als 50 Städte genannt, die von interessierter Seite bereits in die Diskussion gebracht worden sind. Unter ihnen befinden sich zum Beispiel Kreiensen (weil es sich um einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt handelt) und Helmstedt (weil es Grenzstadt ist). Schwerer wiegen da schon andere Argumente. So spricht etwa für Würzburg, "daß dort der Bocksbeutel eine versöhnliche Stimmung" schafft, und für Bonn fällt in die Waagschale, daß "die rheinische Fröhlichkeit die Politiker auf andere Gedanken bringt".

Die Geburtsstunde des NATO-Doppelbeschlusses

Am 5. Januar 1979 - heute vor 15 Jahren - beginnt auf der französischen Antilleninsel Guadeloupe ein zweitägiges Gipfeltreffen der "großen westlichen Vier", das in die Geschichte eingehen wird. Neben dem amerikanischen und dem französischen Präsidenten und dem Premierminister Großbritanniens sitzt auch der deutsche Bundeskanzler mit am Tisch in dem kleinen Ort St. Francois am Südostzipfel der Insel, wo ein Feriengetto zum Schauplatz des hochpolitischen Ereignisses umfunktioniert worden ist. Denn für den Bundeskanzler Helmut Schmidt bedeutet dieser informelle Viererclub, zu dem außer ihm nur die Repräsentanten der westalliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs gehören, eine erhebliche politische Aufwertung, die von anderen westlichen Partnern durchaus mit gemischten Gefühlen gesehen wird.

Auf der offiziell nicht vorhandenen Tagesordnung stehen Themen wie die Krise im Iran, die künftige Politik gegenüber China und der baldige Abschluß des SALT-II-Abkommens. Historische Bedeutung erlangen die beiden Tage in diesem tropischen Paradies, wo sich Jimmy Carter, Valerie Giscard d'Estaing, James Callaghan und Helmut Schmidt in Ferienkleidung unter Palmen versammeln, aber durch einen Beschluß, über den zunächst offiziell gar nichts bekannt wird: Die Konferenz auf Guadeloupe ist die Geburtsstunde des NATO-Doppelbeschlusses. Hier in der Karibik fallen die Würfel für eine Politik, die die NATO erst im Dezember 1979 formell beschließen wird. Im Kern geht es darum, daß der Westen die rapide Aufrüstung der Sowjetunion mit SS-20-Raketen erst dann mit eigenen Rüstungsanstrengungen (Pershing-II-Raketen und bodengestützten Marschflugkörpern) beantworten wird, wenn bis Ende 1983 keine befriedigende Lösung auf dem Verhandlungswege erreicht worden ist.

In seinen Erinnerungen spielt Schmidt die eigene Rolle auf Guadeloupe eher herunter; dennoch gilt er zu Recht als "Vater" des Doppelbeschlusses. Denn schon im Oktober 1977 hat er bei einer Rede in London öffentlich Alarm geschlagen: Die einseitige nukleare Vorrüstung der Sowjets schaffe zwischen den interkontinentalen und den taktischen bzw. konventionellen Waffen eine "Grauzone", durch die Westeuropa politisch erpreßbar werden könnte. Schmidts Philosophie besteht darin, die westliche Verteidigung intakt zu halten und auf der Basis des militärischen Gleichgewichts die Entspannungspolitik und die Kooperation mit der Sowjetunion zu retten. Insofern entspricht der Doppelbeschluß völlig seiner Konzeption - und Guadeloupe ist ein heimlicher Triumph für den deutschen Bundeskanzler.

Am Ende - im Herbst 1982 - wird ihn dieser Triumph das Amt kosten. Denn vielleicht mehr noch als die ungelösten Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist es das stete Abrücken der SPD vom NATO-Doppelbeschluß, welches Schmidts Stellung als Bundeskanzler schwächt und schließlich den Bruch der Koalition mit der FDP herbeiführt.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet

Am 15. Januar 1919 - heute vor 75 Jahren - werden in Berlin Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf brutale und grausame Weise ermordet. Beide sind führende Mitglieder der erst zwei Wochen zuvor gegründeten Kommunistischen Partei. Die Täter, die Liebknecht als anonymen Toten im Leichenschauhaus abliefern und Rosa Luxemburg schwer verletzt oder bereits tot in den Landwehrkanal werfen, gehören zur Garde-Kavallerie-Schützendivision; es sind Soldaten, die die SPD-geführte Reichsregierung in ihrer Not gegen den Umsturzversuch Revolutionärer Obleute, des Spartakusbundes, der USPD und der KPD zu Hilfe gerufen hat. Dieser Aufstand ist aber bereits drei Tage zuvor zusammengebrochen, und Liebknecht ist an ihm eher als Randfigur, Rosa Luxemburg - genau betrachtet - überhaupt nicht direkt beteiligt. Die Mörder, die übrigens nach possenhaften Ermittlungs- und Strafverfahren größtenteils schon wieder in Freiheit sind, als Rosa Luxemburgs Leiche am 31. Mai endlich geborgen wird, wollen in ihrem blinden Haß die beiden Personen treffen, die für sie "den Umsturz" verkörpern. Beide haben Jahre in den Gefängnissen des Kaiserreichs verbracht; Liebknecht hat sich schon 1914 gegen den Krieg gestellt, Rosa Luxemburg - als Frau und als in Polen geborene Jüdin gleich mehrfach eine Außenseiterin - hat durch ihre vielfältigen intellektuellen Gaben mindestens ebensoviel Furcht und Haß wie Bewunderung auf sich gelenkt.

Bis heute sind die Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in gewisser Weise ein historisches Tabu-Thema; denn nicht nur in bürgerlichen, sondern auch in führenden sozialdemokratischen Kreisen wird ihr gewaltsames Ende in den Wirren des Januar 1919 nicht eben mit Bedauern quittiert - etwa nach dem Motto, daß, wer Gewalt predigt, sich nicht beklagen darf, wenn er durch Gewalt umkommt. Und gewiß hat es eine unvoreingenommene Beschäftigung mit dem Thema nicht erleichtert, daß später ausgerechnet die SED in der sowjetisch besetzten Zone bzw. in der DDR die beiden Toten als Säulenheilige und gewissermaßen als "Blutzeugen" für ihre eigene, menschenverachtende Politik mißbrauchte.

Als es mit der DDR dem Ende zugeht - 1989 - , da wurde auch blitzartig offenbar, wie sehr die SED historisch Schindluder getrieben hatte. Denn als Bürgerrechtler und Oppositionelle an das bekannte Luxemburg-Zitat - "Freiheit ist immer nur die Freiheit des anders Denkenden" - erinnerten, zeigte sich das Regime empört. So hatten Honecker und Co. das mit ihren stets weihevoll inszenierten Gedächtnisveranstaltungen nämlich nicht gemeint.

Krieg am Golf

Heute vor drei Jahren, nach mitteleuropäischer Zeit in den ersten Minuten des 17. Januar 1991, beginnt die Operation "Wüstensturm". Unter dem Oberbefehl der Vereinigten Staaten fliegen amerikanische, saudi-arabische, kuwaitische und britische Piloten Hunderte von Einsätzen gegen militärische Ziele im Irak. Im Laufe der nächsten Stunden schließen sich auch französische und italienische Streitkräfte den Kämpfen an. In Übereinstimmung mit Beschlüssen der UNO hat damit nach monatelangen vergeblichen Bemühungen auf diplomatischem Wege die bewaffnete Auseinandersetzung um die Befreiung des Scheichtums Kuwait am Persischen Golf begonnen.

Der Konflikt hat seine Ursache in dem am 2. August 1990 vom irakischen Diktator Saddam Hussein angeordneten Überfall irakischer Truppen auf das Nachbarland; bis heute ist nicht bekannt, wieviele Menschen bei diesem Raubzug ums Leben gekommen sind. Von der Eroberung über die gewaltsame Irakisierung des Emirats bis hin zu Geiselnahmen und massenhaftem Terror zieht sich jedoch durch die fünfeinhalb Monate der Besetzung eine einzige Spur brutaler Gewalt. Mit insgesamt zwölf Resolutionen der Vereinten Nationen hat die Weltgemeinschaft Saddam Hussein wirtschaftlich, diplomatisch und schließlich auch militärisch unter Druck gesetzt - die USA haben in der Wüste Saudi-Arabiens den größten militärischen Aufmarsch seit dem Vietnam-Krieg ins Werk gesetzt. Genutzt hat das alles nichts; Saddam Hussein hat keinerlei Bereitschaft gezeigt, von seiner Beute abzulassen; um 24 Uhr New Yorker Zeit ist am 15. Januar auch das letzte Ultimatum der UNO ergebnislos abgelaufen.

Am 16. Januar billigt die französische Nationalversammlung mit überwältigender Mehrheit den möglichen Einsatz französischer Waffen am Golf. Präsident Mitterrand erklärt in einer Fernsehansprache: "Nach der Phase des Dialogs haben jetzt die Waffen das Wort." Am Vorabend des Kriegsausbruchs stehen sich beiderseits der Grenzen jeweils mehr als eine halbe Million Soldaten gegenüber. Zwei Stunden nach Beginn der Kampfhandlungen wendet sich US-Präsident George Bush in einer Rede an die amerikanische Nation und versichert, "daß dies kein weiteres Vietnam sein wird". Er erklärt ferner: "Wir sind entschlossen, Saddam Husseins Atombombenpotential auszuschalten. Wir werden auch seine Chemiewaffeneinrichtungen zerstören. Ein großer Teil der Artillerie und der Panzer Saddams werden zerstört werden . . . Unsere Ziele sind klar: Saddam Husseins Streitkräfte werden Kuwait verlassen, die legitime Regierung Kuwaits wird wieder in ihre rechtmäßige Stellung eingesetzt, und Kuwait wird wieder frei sein . . . Wir sehen vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für kommende Generationen eine neue Weltordnung zu schaffen, eine Welt, in der die Regeln des Gesetzes, nicht das Gesetz des Dschungels das Verhalten der Nationen untereinander bestimmen."

Helmut Kohl zum gesamtdeutschen Bundeskanzler gewählt

Am 17. Januar 1991 - heute vor drei Jahren - wird Helmut Kohl abermals zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Seit seiner Amtsübernahme am 1. Oktober 1982 - durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen Vorgänger Helmut Schmidt (SPD) - ist es nach drei gewonnenen Bundestagswahlen in Folge das vierte Mal, daß der CDU-Vorsitzende Kohl vom Bundestag mit dem wichtigsten Amt im Staate betraut wird. Erstmals wählt ihn ein gesamtdeutsches Parlament - nämlich der aus den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 hervorgegangene 12. Deutsche Bundestag. Kohl erhält 378 der abgegebenen gültigen 644 Stimmen; 257 Abgeordnete votieren gegen ihn, neun enthalten sich der Stimme.

Für lange Jubelfeiern ist keine Zeit. Nach der Wahl fährt der Kanzler in die Villa Hammerschmidt; dort händigt ihm Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Urkunde aus und ernennt ihn wieder zum Regierungschef. Am frühen Nachmittag geht es zurück in den Bundestag, wo Kohl vor den Abgeordneten seinen Amtseid ablegt. Und gleich anschließend tritt er ans Rednerpult, um eine Regierungserklärung zur Lage im Nahen Osten abzugeben. Denn in der Nacht zum 17. Januar hat unter der Führung der USA mit schweren Luftangriffen gegen militärische Ziele im Irak der Golfkrieg begonnen. "Deutsche Soldaten werden am Golf nicht eingesetzt", stellt Kohl gleich zu Beginn klar. Die amerikanischen, britischen und französischen Verbündeten hätten bei der Verteidigung von Recht und Freiheit in diesem Konflikt jedoch Anspruch auf die Solidarität der Deutschen: "Wir stehen zu ihnen." Gemeinsam mit ihren Partnern und Verbündeten, so Kohl, werde die Bundesregierung keine Anstrengungen scheuen, um dazu beizutragen, daß der Krieg so schnell wie möglich beendet werde.

Enttäuscht äußert sich der Bundeskanzler darüber, daß die monatelangen Bemühungen um eine friedliche Lösung an der Weigerung der irakischen Regierung gescheitert seien, die gewaltsame Besetzung Kuwaits rückgängig zu machen. Der Irak, der nicht ein einziges Zeichen des guten Willens gegeben habe, trage deshalb die volle Verantwortung für die Kampfhandlungen. Die Staatengemeinschaft habe den Bruch des Friedens in Kuwait nicht hinnehmen dürfen. Wenn es zugelassen worden wäre, daß ein Staat gewaltsam ausgelöscht werde, hätte dies unabsehbare Konsequenzen auch in anderen Teilen der Welt heraufbeschworen. Und schließlich - so der Bundeskanzler - geschehe der Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak in voller Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Vereinten Nationen.

Versailler Friedenskonferenz eröffnet

Am 18. Januar 1919 - heute vor 75 Jahren - , beginnt unter dem Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Georges Clémenceau in Paris die Friedenskonferenz, die dem europäischen Kontinent nach dem Ende des Ersten Weltkriegs eine neue Ordnung geben soll. Um es vorweg zu sagen: was später nur noch mit dem Kürzel "Versailles" bezeichnet wird, ist unter allen nur denkbaren Gesichtspunkten die wohl schlechteste Friedensregelung in der modernen Geschichte. Unter den Historikern ist heute weitgehend unstrittig, daß im Versailler Frieden eine der entscheidenden Wurzeln für die noch viel größere Katastrophe des Zweiten Weltkriegs liegt, der genau 20 Jahre später - 1939 - durch Hitlers Überfall auf Polen beginnt. - Anders ausgedrückt: um die Weimarer Republik zu einem gutwilligen Mitspieler in einem fairen Konzert der europäischen Mächte zu machen, sind die Friedensbedingungen viel zu hart; um Deutschland aber dauerhaft am Wiederaufstieg zu einer europäischen Großmacht zu hindern, sind sie viel zu schwach.

Schon die Sieger sind 1919 zutiefst zerstritten: Frankreich, das weder die Aufspaltung Deutschlands noch die Rheingrenze durchsetzen kann, verlegt sich statt dessen darauf, Deutschland um jeden Preis zu schwächen. England hingegen, das durch die Ausschaltung der deutschen See- und Kolonialmacht wichtige Ziele erreicht hat und dessen Interessen noch stark in Übersee liegen, neigt auf dem alten Kontinent eher zu seiner traditionellen Politik der "balance of power"; und die USA, deren Präsident Woodrow Wilson mit seinen "14 Punkten" bei Siegern und Besiegten unerfüllbare Hoffnungen auf einen allseits gerechten Frieden geweckt hat, ziehen sich politisch schon bald wieder aus Europa zurück und fallen als Garantiemacht für das französische Sicherheitsbedürfnis aus.

Für das "neue", demokratische Deutschland, welches so die Quittung für das besiegte Kaiserreich erhält, ist der Friedensschluß von Versailles rundum eine Katastrophe: Nachdem er Ende Juni 1919 unter Drohungen der Sieger unterzeichnet ist, gilt die Weimarer Republik ihren innenpolitischen Kritikern und Feinden fortan als Inbegriff der Ehrlosigkeit, Feigheit und Selbsterniedrigung; jenseits der Grenzen wird sie dafür als potentieller Betrüger verdächtigt, der nur auf seine Chance lauert, um erneut über die Nachbarn herzufallen. Zusammen mit anderen Kriegsfolgen - bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, politischer Radikalisierung, Inflation und Weltwirtschaftskrise - ergibt das eine tödliche Mischung, der die Weimarer Republik im Jahr 1933 schließlich fast kampfflos zum Opfer fällt.

Heute - 75 Jahre danach - gehören Leidenschaft, Haß und Rachsucht von damals einer versunkenen Epoche an. Im Gegenteil: jedem vernünftigen Menschen in Europa ist bewußt, daß die "Achse Bonn-Paris" der vielleicht wichtigste Faktor für Stabilität und Wohlergehen des alten Kontinents ist.

Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung

A Am 19. Januar 1919 - heute vor 75 Jahren - finden in Deutschland Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung statt. Das Mehrheitswahlrecht der Bismarckschen Reichsverfassung, das - nebst anderen Einschränkungen und Besonderheiten - in der Vergangenheit zu erheblichen Verzerrungen geführt hat, ist durch ein Verhältniswahlrecht ersetzt; die Mandatsverteilung entspricht also weitestgehend dem tatsächlichen Stimmenverhältnis. Das Wahlalter ist von 25 auf 20 Jahre gesenkt; und erstmals dürfen auch Frauen und Soldaten wählen.

Sieger der Wahlen, die gerade eine Woche nach Ende der blutigen Aufstände in Berlin stattfinden, ist die Mehrheitssozialdemokratie, die 37,9 % der Stimmen erreicht. Das ist zwar mehr als je zuvor im Kaiserreich - und auch mehr als bei jeder der folgenden Wahlen bis zu Hitlers Machtübernahme - , aber doch nicht soviel, wie sich die SPD-Führer erhofft haben. Dennoch: zusammen erreichen SPD, Zentrum (19,7 %) und Deutsche Demokratische Partei (18,6 %) - also die drei Gruppierungen, die schon in der Endphase des Kaiserreichs gemeinsam die schrittweise Parlamentarisierung der Politik getragen haben - eindrucksvolle 76 Prozent der Wählerstimmen; und das bei einer hohen Wahlbeteiligung von fast 83 Prozent.

Es sind diese Parteien - die Sozialdemokratie, das katholische Zentrum (das sich jetzt Christliche Volkspartei nennt) und die liberaldemokratische DDP - die fortan die sogenannte "Weimarer Koalition" bilden werden. Sie sind im besten Sinne "staatstragend", und an ihrem klaren Wählerauftrag kann es nicht den mindesten Zweifel geben. Die Anhänger der Restauration und der Monarchie haben ebenso wie die Verfechter der sozialistischen Revolution eine klare Niederlage erlitten: die linke USPD erreicht gerade 7,6 %, die DNVP als Nachfolgerin der Konservativen Partei 10,3 %, die DVP als Nachfolgerin der Nationalliberalen 4,4 %. Die Kommunisten haben die Wahl boykottiert.

Im Blick auf das spätere Schicksal der Weimarer Republik sind die Ergebnisse dieser ersten wirklich demokratischen Wahlen in Deutschland einen Moment der Besinnung wert: sie zeigen nämlich, daß - ungeachtet ihrer schweren Geburtswehen - der Start dieser deutschen Republik überaus vielversprechend ist. Die Wählerinnen und Wähler haben mit überwältigender Mehrheit für den Parlamentarismus, für die Demokratie und für die republikanische Staatsform votiert. Um es mit heute gängigen Formeln zu sagen: sie haben in einer äußerst schwierigen Umbruchphase ein hohes Maß an politischer Reife, an Augenmaß und Klugheit bewiesen.

Das Verhängnisvolle jedoch: die Wahl am 19. Januar 1919 - heute vor 75 Jahren - ist die erste und letzte, bei der die Parteien der Weimarer Koalition eine komfortable Mehrheit erhalten. Schon bei den Reichstagswahlen vom Juni 1920 sacken sie von ihrer Dreiviertel-Mehrheit auf weniger als die Hälfte der Stimmen ab - um bis zum Ende, 1933, nie wieder eine Mehrheit im Reichstag zu erringen.

“Holocaust” im Fernsehen

Am 22. Januar 1979 - heute vor 15 Jahren - beginnt in den Dritten Programmen des Deutschen Fernsehens die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie “Holocaust”. An vier Abenden wird die Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung der Juden im Stil einer “soap opera” in die deutschen Wohnzimmer transportiert. Nicht nur deswegen hat es schon im Vorfeld öffentliche Diskussionen gegeben. Aber bereits nach der ersten Folge der Serie, die für die US-Schauspielerin Meryl Streep in der Rolle der Inga Helms-Weiss den Durchbruch bringt, sind alle Bedenken wegen der Trivialität des Films, seines unverkennbaren Kolportagecharakters, seiner Sentimentalität und Effekthascherei unwichtig geworden.

Denn die Serie löst in der deutschen Öffentlichkeit außerordentliche Bewegung und Erschütterung aus; über Fernseh- und Zeitungsredaktionen geht eine Flut von Anrufen und Briefen nieder, zahlreiche TV-Diskussionen offenbaren Entsetzen und Selbstanklagen ebenso wie Unkenntnis und hilflose Emotion. Es scheint, als ob vielen Deutschen erst jetzt, im dritten Anlauf - nach den unmittelbaren Nachkriegsjahren und nach den großen Prozessen der sechziger Jahre - wirklich bewußt wird, was den deutschen und europäischen Juden unter dem Terror der Hitler-Diktatur geschehen ist. Erstmals wird in einem populären Medium das monströse Verbrechen anschaulich, das Grauen, das Elend und das Sterben von Millionen Menschen am Beispiel einiger weniger nachfühlbar. Vor allem vielen Jüngeren wird auf diese Weise eine ferne und kaum nachvollziehbare Geschichte unversehens lebendig. Das Entsetzliche als kommerzielles Serienstück - doch vor dem überwältigenden Echo des Films verstummt alle Kritik.

Die Welle von Emotionen und Mitgefühl, das Bedürfnis nach mehr Informationen über das Schreckliche, nach mehr Einsicht und Erkenntnis offenbaren zumindest, daß es in Deutschland keineswegs nur Gleichgültigkeit und Überdruß gegenüber einer bedrückenden Vergangenheit gibt.

Tatsächlich schafft “Holocaust”, was viele gelehrte und bemühte Dokumentationen, Analysen und Darstellungen nicht zuwege gebracht haben: der millionenfache Mord an den europäischen Juden wird im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit in Deutschland zu einem Teil der Vergangenheit, der niemals vergehen und stets erinnert werden wird.

Bezeichnend, daß der Begriff “Holocaust”, der vor 15 Jahren noch ein fast unbekanntes Fremdwort ist, seitdem zum gebräuchlichen Bestandteil der deutschen Sprache gehört.

Golfkrieg: Bonn unterstützt Israel

Am 29. Januar 1991 - heute vor drei Jahren - werden in Bonn umfangreiche deutsche Unterstützungsmaßnahmen für die Golfkriegs-Alliierten und für das bedrohte Israel verkündet. Seit Tagen wartet die Welt mit angehaltenem Atem darauf, wie Israel auf die Terrorangriffe Saddam Husseins reagieren wird. Obwohl Israel nicht zu den alliierten Gegnern des Irak gehört und an dem bewaffneten Konflikt unbeteiligt ist, lebt das Land bis zum Ende des Golfkriegs in der Furcht, von irakischen "Scud"-Raketen getroffen zu werden, die womöglich mit chemischen Sprengköpfen bestückt sind. Saddams Rechnung ist ebenso einfach wie diabolisch: wenn Israel sich zu Vergeltungsmaßnahmen hinreißen läßt, ist das das Ende der westlich-arabischen Anti-Irak-Koalition. Folglich sind die USA und die anderen westlichen Partner Israels fieberhaft bemüht, genau dies zu verhindern.

Die Position der deutschen Regierung ist unterdessen von Tag zu Tag schwieriger geworden. Offen und versteckt wird im Kreise der Verbündeten kritisiert, daß die eigenen Soldaten am Golf ihr Leben riskieren, während aus der Bundesrepublik vornehmlich über Friedens-Demonstrationen in deutschen Städten berichtet wird. Besonders erbitterte Reaktionen gibt es in Israel, da auch deutsche Firmen an der Aufrüstung und Giftgasproduktion des Irak verdient haben sollen. Außenminister Genscher muß sich deshalb am 25. Januar in Jerusalem deutliche Worte anhören.

Am 29. Januar handelt der Bundeskanzler. Nach einem nächtlichen Gespräch mit einer israelischen Delegation verkündet sein Regierungssprecher, daß die Bundesregierung angesichts der schweren Bedrohung Israels zu umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen bereit ist. Bonn bricht mit dem Grundsatz, in Spannungsgebiete keine Waffen zu liefern. Denn Israel erhält nicht nur Sanitätsmaterial, finanzielle Soforthilfen für den Wiederaufbau zerstörter Wohnungen und für humanitäre Maßnahmen, sondern auch Giftaufspür-Panzer vom Typ "Fuchs" sowie "Patriot"-Raketen - die einzige Abwehrwaffe, die sich gegen den irakischen Raketenbeschuß überhaupt als wirkungsvoll erweist. Gleichzeitig wird bekannt, daß Bonn die alliierten Truppen mit weiteren 5,5 Milliarden Dollar unterstützen wird; am Ende beläuft sich die deutsche Beteiligung an den Kosten des Golfkriegs auf insgesamt rund 17 Mrd. DM. Ferner werden Flugabwehr-Einheiten der Bundeswehr mit rund 500 deutschen Soldaten vorübergehend in die Türkei verlagert, und im Mittelmeer leisten deutsche Schiffe zumindest einen begrenzten Beitrag zur Entlastung der Amerikaner.

Am wichtigsten ist aber die Entscheidung für das bedrohte Israel. Sie steht in der Tradition der besonderen Verantwortung für Israel, die bislang alle Bundesregierungen bewiesen haben. Am nächsten Tag, dem 30. Januar 1991, erklärt Bundeskanzler Helmut Kohl unter dem Beifall des ganzen Hauses im Bundestag: "Israel soll wissen: In diesen Tagen hat Israel unsere ganze Solidarität."

Kohls Regierungserklärung für das geeinte Deutschland

Die deutsche Einheit, die Umwelt und die Zukunft Europas - das sind die Schwerpunkte der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl für die 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, die er am 30. Januar 1991 - heute vor drei Jahren - vor dem Parlament abgibt.

Kohl bezeichnet es als Ziel des souveränen Deutschland, das Land geistig, wirtschaftlich und sozial zusammenzuführen, an einer Friedensordnung für ganz Europa "in gemeinsamer Freiheit" mitzubauen und an einer "Weltfriedensordnung" mitzuwirken, die sich auf die Achtung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts aller Völker sowie die Bewahrung der Schöpfung gründen müsse. "Für jedermann erkennbar hat es sich als ein großer Vorteil erwiesen, daß die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands noch vor der Zuspitzung der gegenwärtigen Konflikte vollendet werden konnte", erklärt der Kanzler - und erhält dafür Beifall nicht nur aus der Koalition, sondern auch aus den Reihen der SPD. Nun müßten in ganz Deutschland gleiche Lebensverhältnisse für die Menschen hergestellt werden. Die Sorgen der Deutschen in den neuen Ländern um Arbeitsplätze und Zukunft seien nur zu begreiflich. Alle Bürger, die Tarifpartner, Bund, Länder und Gemeinden müßten Solidarität üben, um die Erblast aus vierzig Jahren Sozialismus und Kommunismus zu bewältigen. Dringlich nennt Kohl den Aufbau funktionierender Verwaltungen in den Ländern und Gemeinden Ostdeutschlands. In der Innenpolitik habe generell die Unterstützung der neuen Bundesländer den Vorrang. Schwerpunkte der staatlichen Investitionen der kommenden Jahre würden beim Aufbau von Post und Telekommunikation in Ostdeutschland liegen.

"In den neuen Bundesländern haben die früheren Machthaber auch die Umwelt in einem schlimmen Zustand hinterlassen" - deshalb, so der Kanzler, gehöre der Schutz von Natur und Umwelt "zu den größten Herausforderungen der 90er Jahre". Gezielte Hilfen werde die Regierung auch zur Neugründung selbständiger landwirtschaftlicher Betriebe und zur Entflechtung der früheren Produktionsgenossenschaften in den neuen Ländern leisten. Die Akten des früheren Staatssicherheitsdienstes müßten aufgearbeitet, für die nach 1949 enteigneten Grundstücke und Betriebe Entschädigungen beschlossen werden.

Mit Nachdruck bekennt sich der Bundeskanzler zur Verwirklichung der Europäischen Union. Die wichtigen Etappen, die er dabei anspricht - europäischer Binnenmarkt, weiterer Abbau der Grenzkontrollen, gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik - sind heute, drei Jahre später, bereits weitgehend Realität. Kohl beendet seine Regierungserklärung mit Anmerkungen zur künftigen Rolle des vereinten Deutschland: "Es gibt für uns Deutsche keine Nische in der Weltpolitik. Es darf für Deutschland keine Flucht aus der Verantwortung geben. Wir wollen unseren Beitrag leisten zu einer Welt des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit."